

Öffentlichkeitsarbeit

(Fortlaufende M-Nummer: 1)

<i>Nummer</i>	<i>01 - UE</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Mittel	In Bearbeitung
<i>Handlungsfeld</i>	Übergreifende Maßnahmen	
<i>Zielindikator</i>	Für Klimaschutz sensibilisieren	
<i>Maßnahmentyp</i>	Strategisch	
<i>Zeithorizont</i>	Kurzfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Die Präsenz des Klimaschutzes im Landkreis wird durch Öffentlichkeitsarbeit gestärkt. Ziel ist eine Steigerung der installierten Dach-PV Kapazität bis mind. 2030 durch informieren und sensibilisieren der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis.	
<i>Hintergrund</i>	<p>Das Potential für PV-Anlagen im gesamten Landkreis ist zu etwa 7% ausgeschöpft (Quelle: Solarkataster Ahrweiler, Stand: 2019). Die Nachfrage nach PV-Anlagen ist allerdings derzeit hoch. Kurzfristig führt das bereits zu langen Lieferzeiten bei PV-Anlagen. Neben der Auflage eines kreisweiten Förderprogramms ist es von entscheidender Bedeutung, die privaten Haushalte sowie die Wirtschaft mitzunehmen, um die Ziele langfristig zu erreichen. Die Auflage einer begleitenden Öffentlichkeitsarbeit hilft dabei, zu informieren und zu sensibilisieren. Die Klimawende im Landkreis Ahrweiler wird nur dann erfolgreich umgesetzt, wenn private Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf allen Ebenen die notwendigen Maßnahmen zur Elektrifizierung, Stromproduktion und -einsparung umsetzen.</p>	

Beschreibung

Durch aktiv zu bewerbende Infokampagnen, Präsenz auf Veranstaltungen und Informationen in Presse und Social Media werden möglichst viele potentiell am Bau einer PV-Anlage oder nachhaltiger Wärmeversorgung interessierte Bürgerinnen und Bürger angesprochen. Bei jüngsten Veranstaltungen in Kooperation mit der Energieagentur RLP im April und Mai 2022 wurden bereits über 500 Interessenten erreicht.

Durch eine stete Präsenz im Landkreis werden Privathaushalten und Unternehmen die Ziele, Vorteile und Möglichkeiten im Klimaschutz vorgestellt. Die geschieht durch eine regelmäßige Präsenz auf Veranstaltungen, koordinierte Klimaschutzkampagnen, runde Tische, Informationsveranstaltungen online wie offline und regelmäßige Veröffentlichungen in Print- und Onlinemedien.

Initiator

Projektgruppe Energiewende

Akteure

Kreisverwaltung, Kommunen, Energieagentur RLP, Stiftungen und Initiativen aus Klima- und Umweltschutz

Meilensteine

500 erreichte Haushalte oder Unternehmen pro Jahr

Ab 2022 pro Jahr: 500 Haushalte über eigene und externe Veranstaltungen erreichen; 2.000 Haushalte über soziale Netzwerke und Presse erreichen.

Ziel <=> Zubau von 300 Anlagen pro Jahr.

Zielgruppe

Privathaushalte, Unternehmen, Vereine

Finanzierung

20.000€ pro Jahr für Kampagnen, Informationsmaterial, Designaufträge und Präsentationsmaterial

Energie- und Treibhausgaseinsparung

Indirekt

Wertschöpfung

Aufträge werden wenn möglich lokal vergeben. Bei der Vernetzung zwischen Auftraggebern und -nehmern kann ebenfalls die lokale Wirtschaft gestärkt werden.

*Flankierende
Maßnahmen*

03 - UE Fortbildung und Werbung für nachhaltige Berufsfelder

08 - UE Klimaschutz - Dashboard

05 - WA Sanierungsrate steigern

Hinweis

Kosten bis 2030

80.000 €

*THG – Einsparung bis
2030*

104.000 t CO₂-Äquivalente

Fortbildungsmöglichkeiten und Werbung für nachhaltige Berufsfelder

(Fortlaufende M-Nummer: 2)

<i>Nummer</i>	<i>03 - UE</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Mittel	Noch nicht begonnen
<i>Handlungsfeld</i>	Übergreifende Maßnahmen	
<i>Zielindikator</i>	Für Klimaschutz sensibilisieren	
<i>Maßnahmentyp</i>	Strategisch	
<i>Zeithorizont</i>	Mittelfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	<p>Um das technische Potential zur Strom-, Wärme- und Mobilitätswende im Landkreis umzusetzen, soll die erforderliche technische Expertise im Landkreis gefördert werden, um die lokale Wertschöpfung zu maximieren.</p> <p>Handlungsschritte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kampagne/ Konzept zur Maßnahme erstellen • Kooperationspartner gewinnen • Inhalte umsetzen 	
<i>Hintergrund</i>	<p>Möglichkeiten und Fähigkeiten, nachhaltige Technologien zu verbauen sind im Landkreis ungleich verteilt und verstärken die hinderlichen Effekte, die durch Fachkräftemangel und Lieferengpässe die Energiewende ausbremsen.</p>	

<i>Beschreibung</i>	Die Kreisverwaltung fördert das fachliche Potential für nachhaltige Berufsfelder, indem Fortbildungen, Informationsveranstaltungen und Workshops in Zusammenarbeit mit den Handwerkskammern und Verbänden organisiert werden. Zudem werden Berufsfelder im Bereich der Nachhaltigkeit auf Ausbildungsmessen beworben, um junge Leute für eine nachhaltige Karriere zu begeistern. Hierfür wird zunächst eine Konzept für die Kampagne erstellt. Anschließend werden Kooperationspartner gewonnen, um mit der Umsetzung der Maßnahme zu beginnen.
<i>Initiator</i>	Kreisverwaltung Ahrweiler
<i>Akteure</i>	Handwerkskammern und Verbände
<i>Meilensteine</i>	600 Teilnehmer bei Veranstaltungen bis 2030
<i>Zielgruppe</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Ingenieur- und Planungsbüros • Schülerinnen und Schüler • Auszubildende • Studentinnen und Studenten
<i>Finanzierung</i>	25.000 € für Referenten und Kampagnenarbeit bis 2030
<i>Energie- und Treibhausgaseinsparung</i>	Indirekt
<i>Wertschöpfung</i>	Durch die Maßnahme wird die regionale Wertschöpfung unterstützt, indem neue Fachkräfte für die Region ausgebildet bzw. angeworben werden.
<i>Flankierende Maßnahmen</i>	05 - WA Sanierungsrate steigern

Hinweis

Kosten bis 2030

25.000 €

*THG – Einsparung bis
2030*

noch nicht kalkuliert

Klimawirkungsprüfung

(Fortlaufende M-Nummer: 3)

<i>Nummer</i>	<i>06 - UE</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Niedrig	Noch nicht begonnen
<i>Handlungsfeld</i>	Übergreifende Maßnahmen	
<i>Zielindikator</i>	Vorbildfunktion Kreis	
<i>Maßnahmentyp</i>	Strategisch	
<i>Zeithorizont</i>	Kurzfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Klimaschutz als Querschnittsthema in der Verwaltung verankern.	
<i>Hintergrund</i>	Nahezu alle Aktivitäten der Kreisverwaltung haben klimarelevante Auswirkungen.	
<i>Beschreibung</i>	Eine Prüfung der klimarelevanten Auswirkungen sowie von Nachhaltigkeitsaspekten sollte daher bei allen politischen Beschlüssen standardisiert stattfinden. Diese Prüfung ist von den Fachabteilungen vorzunehmen, die hierzu auf Abteilungsleiterenebene geschult werden. Das Klimateam der Kreisverwaltung kann hierbei beratend unterstützen.	
<i>Initiator</i>	Kreisverwaltung Ahrweiler	
<i>Akteure</i>	Fachabteilungen der Kreisverwaltung	

Meilensteine

Etablierung des Feldes "Klimawirkungsprüfung" auf Beschlussvorlagen. Schulung aller Fachabteilungen.

Zielgruppe

Beschlussgremien auf Kreisebene

Finanzierung

10.000 € für externe Schulungen alle 3 Jahre

*Energie- und
Treibhausgaseinsparung*

Indirekt

Wertschöpfung

Diese Maßnahme stärkt die Region als nachhaltigen Standort für Wirtschaft und Industrie.

*Flankierende
Maßnahmen*

08 - UE Klimaschutz Dashboard

Hinweis

0

Kosten bis 2030

30.000 €

*THG – Einsparung bis
2030*

noch nicht kalkuliert

Bildung: Schüler - Klimagipfel @Jugend Entscheidet

(Fortlaufende M-Nummer: 4)

<i>Nummer</i>	<i>07 - UE</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Niedrig	Noch nicht begonnen
<i>Handlungsfeld</i>	Übergreifende Maßnahmen	
<i>Zielindikator</i>	Für Klimaschutz sensibilisieren	
<i>Maßnahmentyp</i>	Strategisch	
<i>Zeithorizont</i>	Langfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Jugendliche zu lokalen Klimaschutzaktivitäten motivieren	
<i>Hintergrund</i>	Junge Stimmen sind in deutschen kommunalen Gremien regelmäßig unterrepräsentiert.	
<i>Beschreibung</i>	Jungen Erwachsenen wird bereits im Schulalter aufgezeigt, dass sie lokal Klimaschutz betreiben können und an der Gestaltung ihrer Heimat mitwirken können. An mehreren Thementagen werden Jugendliche kurz zu kommunaler Klimaschutzpolitik geschult und diskutieren anschließend ihre Ideen. In Anlehnung an Gremienbeschlüsse beschließen sie anschließend Klimaschutzmaßnahmen. Eine Auswahl dieser Maßnahmen wird anschließend der Kreispolitik vorgestellt, bewertet und im Idealfall beschlossen. Die Maßnahme unterstützt auch die Kommunalpolitik und Kommunen, da sie somit die Jugendbeteiligung vor Ort verankern können.	

<i>Initiator</i>	Kreisverwaltung Ahrweiler
<i>Akteure</i>	Kreisverwaltung, Kreispolitik, Schulen
<i>Meilensteine</i>	
<i>Zielgruppe</i>	Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren
<i>Finanzierung</i>	5.000 € für Schulung, Tagung, Catering und Informationsmaterial
<i>Energie- und Treibhausgaseinsparung</i>	Indirekt
<i>Wertschöpfung</i>	Lokale Auftragsvergabe wird bevorzugt.
<i>Flankierende Maßnahmen</i>	01 - KA Bildungskonzept Klimafolgenanpassung
<i>Hinweis</i>	Es bestehen Förderprogramme für solche Maßnahmen, beispielsweise "Jugend Entscheidet", umgesetzt in 25 Kommunen deutschlandweit.
<i>Kosten bis 2030</i>	5.000 €
<i>THG – Einsparung bis 2030</i>	noch nicht kalkuliert

Klimaschutz - Dashboard

(Fortlaufende M-Nummer: 5)

<i>Nummer</i>	<i>08 - UE</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Mittel	Noch nicht begonnen
<i>Handlungsfeld</i>	Übergreifende Maßnahmen	
<i>Zielindikator</i>	Für Klimaschutz sensibilisieren	
<i>Maßnahmentyp</i>	Strategisch	
<i>Zeithorizont</i>	Kurzfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Den Klimaschutz im Kreis Ahrweiler niedrigschwellig und digital sichtbar machen	
<i>Hintergrund</i>	Klimaschutzaktivitäten innerhalb und außerhalb des Klimaschutzmanagements der Kreisverwaltung verfolgen verschiedene Ziele, wie dem Ausbau erneuerbarer Energien, der Treibhausgasreduktion und der Mobilitätswende.	
<i>Beschreibung</i>	Der Fortschritt im Klimaschutz im Kreis Ahrweiler wird in einem Dashboard dargestellt, auf das interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger und Akteure aus Klima- und Umweltschutz zentral und digitalisiert Zugang erhalten und sich somit leicht zugänglich über den Stand des Klimaschutzes im Kreis Ahrweiler informieren können.	
<i>Initiator</i>	Kreisverwaltung Ahrweiler	

Akteure

Meilensteine

Zielgruppe

Finanzierung

30.000 € für die digitale Darstellung und Datenpflege

*Energie- und
Treibhausgaseinsparung*

indirekt

Wertschöpfung

Lokale Auftragsvergabe wird bevorzugt.

*Flankierende
Maßnahmen*

01 - UE Öffentlichkeitsarbeit

Hinweis

Kosten bis 2030

30.000 €

*THG – Einsparung bis
2030*

noch nicht kalkuliert

Leuchtturmprojekt Carport - PV - Insel

(Fortlaufende M-Nummer: 6)

<i>Nummer</i>	<i>10 - UE</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Hoch	Noch nicht begonnen
<i>Handlungsfeld</i>	Übergreifende Maßnahmen	
<i>Zielindikator</i>	Energie produzieren	
<i>Maßnahmentyp</i>	Investiv	
<i>Zeithorizont</i>	Mittelfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Eine Insellösung, die den vom Fuhrpark der Kreisverwaltung benötigten Strom direkt erzeugt.	
<i>Hintergrund</i>	Kernstück des Projekts und ausschlaggebend für die Treibhausgaseinsparung ist eine Carport - Photovoltaikanlage auf dem Parkplatz an der Elligstraße. Hier eignet sich die Nordhälfte aufgrund guter Sonneneinstrahlung für ein solches Konstrukt, unter dem weiterhin Parkmöglichkeiten bestehen. Das Projekt soll im Sinne des Fördermittelgebers als „Insellösung“ betrieben werden, eine Einspeisung des erzeugten Stroms wäre förderschädlich.	
<i>Beschreibung</i>	Der erzeugte Strom kann dem Betanken von Elektrofahrzeugen dienen. Naheliegend ist natürlich die Versorgung des eigenen Fuhrparks der Kreisverwaltung, der bis 2030 sukzessiv auf Elektromobilität umgestellt wird. Denkbar wären auch öffentliche oder halböffentliche Lösungen, die eine Ladesäule für private PKW oder Carsharing - Fahrzeuge auf dem Parkplatz, an der Wilhelmstraße oder hinter dem Kreishaus mit Strom versorgen. Die Mehrkosten für die	

Anschaffung von E-Autos sind ebenfalls in diesem Projekt bedacht. Zwei Ladepunkte für anzuschaffende E - Fahrräder schließen die Verbraucherliste für dieses Maßnahmenpaket ab. Ein entsprechend großer Batteriespeicher bietet zudem die Möglichkeit, Strom in Erzeugungsspitzen (vornehmlich Tagsüber) zu speichern, um ihn zu verwenden, wenn die Fahrzeuge nachts tanken. Folgende Annahmen wurden getroffen:

Carport - PV

Die Größe der Anlage sowie die erwartete Stromernte sind bedingt durch die Größe und Sonneneinstrahlung der Parkplatzflächen. Die Lebensdauer der gesamten Anlage wird auf 20 Jahre angesetzt. Die erwarteten Treibhausgas (THG) - Einsparungen basieren auf Berechnungen des Umweltbundesamts (2022).

PKW - Ladesäulen

Es wird angenommen, dass pro Arbeitstag 60 kWh Strom getankt werden. Dies entspricht etwa 390 km Fahrleistung, etwa zwei Drittel der durchschnittlichen Tagesfahrleistung des Dienstfuhrparks, der im Mittel der Jahre 2017, 2018 und 2019 insgesamt etwa 150.000 km betrug. Über 250 Arbeitstage kumuliert, bewirken jeweils 60 kWh Strom einen Jahresstromverbrauch von 15.000 kWh. Die Treibhausgaseinsparung wird hier in Relation zum Bundesstrommix (420g/kWh) berechnet. Es gibt bereits erste Carsharing Anbieter, die einen Ausbau im Kreis planen. Bei einer halböffentlichen Ladesäule besteht zudem die Möglichkeit, bis zu 5.000 kWh Strom pro Jahr an Carsharing - Dienstleister oder Privatpersonen abzugeben.

Dienstwagen mit alternativen Antrieben (Strom)

Eine Konsequenz des Beschlusses des Kreistags, die Treibhausgasneutralität der kreiseigenen Liegenschaften bis zum Jahr 2030 zu erreichen, ist der vollständige Umstieg des Fuhrparks auf alternative Antriebe. Aktuell verfügt die Kreisverwaltung über ein Fahrzeug mit vollelektrischem Antrieb. Regelmäßig wird die Anschaffung von Elektrofahrzeugen bezuschusst, in dem die

Mehrkosten im Vergleich zu einem gleichwertigen Verbrenner anteilig gefördert werden. Mit den angenommenen 99.000 km im Jahr, also zwei Dritteln aller Dienstfahrten und einem durchschnittlichen Verbrauch von 15 kWh auf 100km, werden 14.985 kWh pro Jahr für die Fahrzeuge verbraucht.

Batteriespeicher

Es wird angenommen, dass an 100 Kalendertagen im Jahr nicht tagsüber getankt wird, weil die Fahrzeuge unterwegs sind, oder vollgeladen auf dem Parkplatz stehen. Ohne Batteriespeicher würden die PV - Module keinen Strom produzieren. Mit einem 100 kWh Batteriespeicher könnten bis zu 10.000 kWh Strom produziert und gespeichert werden, um sie abzurufen, wenn die Sonne nicht mehr scheint (100 Tage x 100 kWh = 10.000 kWh).

E - Fahrräder und Ladestation

Es wird angenommen, dass eine 30%ige Bereitschaft besteht, auf Dienstreisen unter 26 km (Hin- und zurück, also 13 km pro Strecke – das entspricht der Entfernung vom Kreishaus bis zum Stadthaus in Sinzig), eines von zwei anzuschaffenden E-Fahrrädern zu verwenden. Im Jahr 2019 betrug die Summe dieser im PKW zurückgelegten kürzeren Dienstreisen 1.500km. Ein typisches E - Fahrrad hat eine Batteriekapazität von 0,5 kWh und eine Reichweite von mindestens 50 km. Bei 500 im Jahr zurückgelegten Kilometern entspricht dies eines Strombedarfs von 5 kWh. Durch das Laden mit direkt produziertem Solarstrom entsteht gegenüber dem Bundesstrommix eine THG - Einsparung von 4,2 kg CO₂ pro Jahr. Zusätzlich werden etwa 1.500 km substituiert, die ansonsten mit einem Verbrenner - PKW zurückgelegt wurden, wodurch sich eine zusätzliche Einsparung von 2 Tonnen pro Jahr ergibt.

Initiator

Kreis Ahrweiler

Akteure

Kreisverwaltung, ESG

<i>Meilensteine</i>	2025 - Errichtung und Inbetriebnahme der Carport - PV Anlage
<i>Zielgruppe</i>	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung, Privatpersonen, Carsharing Unternehmen
<i>Finanzierung</i>	70%ige Förderung im Rahmen der Umsetzungsphase
<i>Energie- und Treibhausgaseinsparung</i>	Energieproduktion in Höhe von 30.000 kWh per annum entspricht einer Einsparung von 534 Tonnen CO ₂ -Äquivalente über die Projektlaufzeit
<i>Wertschöpfung</i>	217.000 € Investitionskosten, davon 151.900 € über die nationale Klimaschutzinitiative gefördert
<i>Flankierende Maßnahmen</i>	
<i>Hinweis</i>	Im Rahmen der Anschlussphase förderfähige Maßnahme
<i>Kosten bis 2030</i>	217.000 €, davon 151.900 € über die nationale Klimaschutzinitiative gefördert
<i>THG – Einsparung bis 2030</i>	534 t CO ₂ -Äquivalente

Decarbonisierung von Kleingeräten

(Fortlaufende M-Nummer: 7)

<i>Nummer</i>	<i>03 - EL</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Niedrig	Noch nicht begonnen
<i>Handlungsfeld</i>	Abfall und eigene Liegenschaften	
<i>Zielindikator</i>	Emissionen vermeiden	
<i>Maßnahmentyp</i>	Investiv	
<i>Zeithorizont</i>	Kurzfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Sämtliche Kleingeräte der Eigenbetriebe elektrifizieren.	
<i>Hintergrund</i>	Viele Kleingeräte der Eigenbetriebe und in den Schulen basieren noch auf fossilen Energieträgern. Diese sollten bereits vor Ablauf der Nutzungsdauer ausgetauscht werden, um eine Treibhausgasneutralität zu erreichen.	
<i>Beschreibung</i>	Identifizierung und Austausch sämtlicher Kleingeräte auf Basis fossiler Energieträger durch treibhausgasneutrale Geräte.	
<i>Initiator</i>	Kreisverwaltung Ahrweiler	
<i>Akteure</i>	Kreisverwaltung, Eigenbetrieb Schulen- und Gebäudemanagement, Abfallwirtschaftsbetrieb, Hausmeisterinnen und Hausmeister	
<i>Meilensteine</i>	Austausch sämtlicher Kleingeräte	

Zielgruppe Eigenbetrieb Schulen- und Gebäudemanagement,
Abfallwirtschaftsbetrieb, Hausmeisterinnen und Hausmeister

Finanzierung 10.0000 €

*Energie- und
Treibhausgaseinsparung* Gering

Wertschöpfung Lokale Auftragsvergabe wird bevorzugt.

*Flankierende
Maßnahmen*

Hinweis

Kosten bis 2030 10.000 €

*THG – Einsparung bis
2030* 40 t CO₂-Äquivalente

Landwirtschaftliche Fläche doppelt nutzen: Agri-Photovoltaik

(Fortlaufende M-Nummer: 8)

<i>Nummer</i>	<i>02 - EE</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Hoch	In Bearbeitung
<i>Handlungsfeld</i>	Erneuerbare Energien	
<i>Zielindikator</i>	Energie produzieren	
<i>Maßnahmentyp</i>	Strategisch	
<i>Zeithorizont</i>	Mittelfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Die in den Potenzialen ausgewiesenen 80 Hektar für Agri-PV Anlagen auf dem Kreisgebiet werden bis 2030 erschlossen.	
<i>Hintergrund</i>	<p>Das Gesamtpotential für Agri-PV in Deutschland wird auf 1,7 TWp geschätzt. Der Vorteil der doppelten Nutzung von Flächen für Landwirtschaft und Stromerzeugung wird derzeit durch die Gesetzeslage, welche eine duale Flächennutzung nicht erlaubt, revidiert. Ein weiterer Vorteil von Agri-PV ist die relative Freiheit in der Anordnung. Sie können gewinkelt oder vertikal aufgestellt werden, um auch morgens und abends Strom zu ernten, und nicht nur hauptsächlich, wenn die Sonne im Süden steht. Insbesondere bei einer künftig höheren Solarstrom einspeisung in das Gesamtnetz kann dies die Wirtschaftlichkeit einer geplanten Anlage begünstigen.</p> <p>In Grafschaft-Geldorf führt das Fraunhofer Institut derzeit eine Studie zur Überdachung von landwirtschaftlich genutzten Flächen (hier: über einer Apfel-Plantage) für PV-Anlagen durch. Erste Ergebnisse der Untersuchungen des Fraunhofer Instituts ergeben eine durchschnittliche Stromernte von 80% und eine landwirtschaftliche</p>	

	<p>Ernte von ebenfalls 80%. Somit ergibt sich ein 160%er Landnutzen.</p> <p>Erste Signale der Bundesregierung, in der Novellierung des Erneuerbare Energien Gesetzes auch Agri-PV Strom zu bezuschussen öffnen ein Handlungsfenster für Kreis, Kommunen und Landwirte.</p> <p>Moderne Praxisanlagen liegen im Bereich zwischen 500 und 5.000 kWp und haben eine Größe zwischen 5 und 15 Hektar.</p>
<p><i>Beschreibung</i></p>	<p>Der Landkreis Ahrweiler identifiziert, unterstützt und berät ausgewählte Besitzerinnen und Besitzer von Potentialflächen für Agri-PV Anlagen.</p> <p>Ziel: 32 MWp installierte PVA.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ansprache der Landwirte • Aufbau eines Netzwerks • Information, Sensibilisierung • Schulung der Kommunen bei der Umsetzung von Agri-PV im B-Plan
<p><i>Initiator</i></p>	<p>Projektgruppe Energiewende</p>
<p><i>Akteure</i></p>	<p>Kreis, Fraunhofer ISE, Landwirtschaftskammer, Kreis Bauern- und Winzerverband, Landwirte, Projektierer, Kommunen</p>
<p><i>Meilensteine</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Alle Kommunen des Landkreises können Agri-PV Anlagen in B-Plänen integrieren und haben an Schulungen zu diesem Thema teilgenommen • Alle Landwirte innerhalb des Landkreises sind informiert und kennen die Thematik • Pro Jahr werden mind. 2 Agri-PV Anlagen skizziert
<p><i>Zielgruppe</i></p>	<p>Landwirte</p>
<p><i>Finanzierung</i></p>	<p>5.000 €/Jahr an Öffentlichkeitsarbeit</p> <p>5.000 €/Jahr Förderung von mindestens 2 Projektskizzen pro Jahr</p>

*Energie- und
Treibhausgaseinsparung*

Keine explizite Stromeinsparung. Ein Hektar Freiflächen-PV erntet etwa 0,9 MWp. Bei einer Wertschöpfung von 80% ergibt dies 0,9MWp / ha x 0,8 = 720 kWp / ha. Bei 1000 Volllaststunden im Jahr ergibt dies etwa 720 MWh Stromerzeugung. Der Netto-Vermeidungsfaktor in CO₂-Äquivalenten liegt bei 685g/kWh (Quelle: Umweltbundesamt, 2021).
Bei einer 5-%igen Umsetzung des technischen Potentials würden etwa 50.000 kWp installiert. Der Netto-Vermeidungsfaktor in CO₂-Äquivalenten liegt bei 685g/kWh (Quelle: Umweltbundesamt, 2021).
Bei einer 5-%igen Umsetzung des technischen Potentials würden etwa 50.000 kWp installiert.

Wertschöpfung

Mögliche Effekte für die regionale Wertschöpfung werden im Rahmen des Pilotprojektes in Grafschaft-Gelsdorf untersucht.

*Flankierende
Maßnahmen*

01 - UE Öffentlichkeitsarbeit

Hinweis

Kosten bis 2030

70.000 €

*THG – Einsparung bis
2030*

10.000 t CO₂-Äquivalente

Festschreibungen von erneuerbaren Energieträgern in Bebauungsplänen und bei städtebaulichen Verträgen

(Fortlaufende M-Nummer: 9)

<i>Nummer</i>	<i>04 - EE</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Hoch	Noch nicht begonnen
<i>Handlungsfeld</i>	Erneuerbare Energien	
<i>Zielindikator</i>	Für Klimaschutz sensibilisieren	
<i>Maßnahmentyp</i>	Strategisch	
<i>Zeithorizont</i>	Mittelfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Unterstützung der Zielerreichung 100% erneuerbare Energie bis 2030 und Treibhausgasneutralität bis 2045	
<i>Hintergrund</i>	<p>Einzelne Neubauprojekte und ganze Neubaugebiete bieten einen erheblichen Hebel zur Erreichung der Klimaziele des Kreises. Durch präzise Vorgaben in Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen kann eine Maximierung der klimaschutzrelevanten Potentiale erreicht werden, ohne hierbei negative Auswirkung auf die Planungssicherheit solcher Vorhaben zu haben. Aufgrund der hohen Nutzungsdauer von Neubauten wirken sich vertane Chancen im Klimaschutz im Neubau zudem über Dekaden negativ auf die Klimaschutzaktivitäten des Kreises aus und machen kostenintensive Modifizierungen des Gebäudebestands vor 2045 notwendig.</p>	
<i>Beschreibung</i>	<p>Um den Ausbau der erneuerbaren Energien auf dem Kreisgebiet zu fördern, werden Festsetzungen von erneuerbaren Energieträgern in Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen festgesetzt. Diese</p>	

werden im Austausch mit den kreisangehörigen Kommunen sowie den Fachakteuren erstellt und im Rahmen von Planerforen regelmäßig vorgestellt. Außerdem wird die Kreisverwaltung in relevanten fachlichen Stellungnahmen auf diese Möglichkeit hinweisen und die Umsetzung empfehlen.

Handlungsschritte:

- Entwurf von Textbausteinen den Kommunen vorstellen,
- Diskussion und Empfehlungen der Kommunen einarbeiten
- Vorstellung für Kommunen im Planerforum

Initiator

Kreisverwaltung Ahrweiler

Akteure

Kommunen, Bauämter, Städteplaner

Meilensteine

Festsetzung in allen Kommunen vorhanden

Zielgruppe

Kommunen, Bauämter, Städteplaner

Finanzierung

keine

*Energie- und
Treibhausgaseinsparung*

Indirekt

Wertschöpfung

*Flankierende
Maßnahmen*

02 KA Klimafolgenanpassung in Bebauungsplänen

03 - WA Nahwärmelösungen in der Bauleitplanung

Hinweis

Kosten bis 2030

keine

*THG – Einsparung bis
2030*

noch nicht kalkuliert

Beratung für Wirtschaft und Unternehmen zu Photovoltaik

(Fortlaufende M-Nummer: 10)

<i>Nummer</i>	<i>08 - EE</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Hoch	In Bearbeitung
<i>Handlungsfeld</i>	Erneuerbare Energien	
<i>Zielindikator</i>	Starke Netzwerke	
<i>Maßnahmentyp</i>	Strategisch	
<i>Zeithorizont</i>	Kurzfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Unternehmen im Kreis werden aktiv zum Thema Photovoltaik beraten, um somit den Ausbau von PV auf Gewerbetrieben zu verstärken	
<i>Hintergrund</i>	Der Landkreis Ahrweiler hat das Ziel formuliert, im Jahr 2030 den im Kreis verbrauchten Strom bilanziell zu 100 % aus regenerativen Energien zu erzeugen. Zudem hat er beschlossen bis 2045 die Klimaneutralität zu erreichen. Gewerbebetriebe verfügen mit Gebäuden und Hallen über große Dachflächen, die sich für eine Nutzung der Solarenergie anbieten. Dies stellt somit ein großes Potenzial dar, die Energiewende weiter voranzutreiben.	
<i>Beschreibung</i>	Der Landkreis Ahrweiler bietet allgemein Unterstützung und Beratungen für Unternehmen im Kreisgebiet an. Die Kreisverwaltung identifiziert und kontaktiert aktiv Firmen mit großem PV-Potential, generell gilt Beratungsangebot jedoch für alle Unternehmen im Kreis	

Denkbar wären verschiedene Möglichkeiten zur Beratung:
Veranstaltungen, Arbeitsgruppen, Einzelberatungen in
Zusammenarbeit mit Energieagentur oder Energieberatern

Initiator

Zukunftskonferenz 2019 / Projektgruppe Energiewende

Akteure

Kreis, Wirtschaftsförderung, Energieagentur, Unternehmen

Meilensteine

Ausbau von PV auf Gewerbedächern

Zielgruppe

Unternehmen

Finanzierung

Eventuell Kosten für externe Energieberater

*Energie- und
Treibhausgaseinsparung*

Indirekt

Wertschöpfung

*Flankierende
Maßnahmen*

01 - UE Öffentlichkeitsarbeit

Hinweis

Kosten bis 2030

*THG – Einsparung bis
2030*

noch nicht kalkuliert

Arbeitsplatzgeräte: Nutzungs- und Bedarfskonzept

(Fortlaufende M-Nummer: 11)

<i>Nummer</i>	<i>02 - BE</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Mittel	Noch nicht begonnen
<i>Handlungsfeld</i>	IT - Infrastruktur und Beschaffung	
<i>Zielindikator</i>	Emissionen vermeiden	
<i>Maßnahmentyp</i>	Strategisch	
<i>Zeithorizont</i>	Mittelfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Ein Nutzungs- und Bedarfskonzept für Arbeitsplatzgeräte reduziert insgesamt die Anzahl an zu beschaffenden Geräten und stellt eine Effizientere Nutzung der vorhandenen Geräte sicher.	
<i>Hintergrund</i>	<p>Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung erhalten Geräte wie Arbeitsplatzdrucker, zusätzliche Bildschirme und Laptops auf Anfrage, ohne dass der Bedarf eingehend geprüft wird. Ein Arbeitsplatzdrucker ist pro Seite deutlich Energie- und Kostenintensiver als ein Multifunktionsdrucker, von denen bereits viele auf den Gängen der Kreisverwaltung verteilt sind. Der Nutzen solcher Individualgeräte ist jedoch oftmals gering.</p>	
<i>Beschreibung</i>	<p>Laptops, Drucker, Scanner und Zusatzbildschirme werden nur in Ausnahmefällen genehmigt. Abteilungen erhalten ein festgesetztes Kontingent an Laptops, basierend auf der Anzahl an Mitarbeitenden. Zusammen mit Personalrat, Gleichstellungsbeauftragten, IT und</p>	

Leitungsebene der Kreisverwaltung werden daher Bedarfs- und Ausnahmekriterien festgelegt, die für die gesamte Verwaltung gelten.

Zusätzlich wird ein Kaskaden- und Rotationssystem erarbeitet, das die Weiterverwendung von ausgemusterten, aber noch funktionsfähigen Geräten in anderen Bereichen der Kreisverwaltung und -liegenschaften ermöglicht, definiert und systematisiert.

Initiator

Kreisverwaltung

Akteure

Fachabteilungen der Kreisverwaltung

Meilensteine

- Bestandsaufnahme über Arbeitsplatzgeräte
- Erarbeitung eines Bedarfskonzepts
- Erarbeitung eines Rotations- und Kaskadensystems
- Umsetzung der Vorgaben

Zielgruppe

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung

Finanzierung

*Energie- und
Treibhausgaseinsparung*

Doppelte Einsparung durch Reduzierung der Neuanschaffungen und effizientere Nutzung der vorhandenen Geräte. Bei strikter Umsetzung können bis zu 10 Tonnen CO₂ Emissionen pro Jahr eingespart werden

Wertschöpfung

*Flankierende
Maßnahmen*

Hinweis

Kosten bis 2030

*THG – Einsparung bis
2030*

80 t CO₂-Äquivalente

Aufnahme der Klimaschutz- und Nachhaltigkeitskriterien in die Vergabeordnung

(Fortlaufende M-Nummer: 12)

<i>Nummer</i>	<i>03 - BE</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Hoch	In Bearbeitung
<i>Handlungsfeld</i>	IT - Infrastruktur und Beschaffung	
<i>Zielindikator</i>	Vorbildfunktion Kreis	
<i>Maßnahmentyp</i>	Strategisch	
<i>Zeithorizont</i>	Kurzfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Klimaschutz- und Nachhaltigkeit in der Vergabeordnung festschreiben.	
<i>Hintergrund</i>	Derzeit wird eine neue Vergabeverordnung für die Kreisverwaltung erarbeitet.	
<i>Beschreibung</i>	Beschaffungshinweise zur Berücksichtigung von Umwelt- und Klimaschutzaspekten werden in die Vergabeordnung aufgenommen. Dazu wird das entsprechende Handbuch des Umweltbundesamtes in der aktuellen Fassung verwendet.	
<i>Initiator</i>	Kreisverwaltung	
<i>Akteure</i>	Kreisverwaltung	

Meilensteine

Aufnahme der Kriterien in die Vergabeverordnung

Zielgruppe

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung

Finanzierung

Kostensparnis

*Energie- und
Treibhausgaseinsparung*

Durch Beschaffung effizienter und langlebiger Geräte wird Energie gespart und es werden Emissionen reduziert.

Wertschöpfung

*Flankierende
Maßnahmen*

Hinweis

Kosten bis 2030

*THG – Einsparung bis
2030*

noch nicht kalkuliert

Leuchtturmprojekt: Abwärme des Serverraums im Kreishaus nutzen

(Fortlaufende M-Nummer: 13)

<i>Nummer</i>	<i>07 - BE</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Mittel	Noch nicht begonnen
<i>Handlungsfeld</i>	IT - Infrastruktur und Beschaffung	
<i>Zielindikator</i>	Emissionen vermeiden	
<i>Maßnahmentyp</i>	Investiv	
<i>Zeithorizont</i>	Mittelfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Die von Servern freigesetzte Wärmeenergie nutzen, anstatt den Serverraum aktiv zu kühlen.	
<i>Hintergrund</i>	Die zentralen Server der Kreisverwaltung erzeugen erhebliche Abwärme.	
<i>Beschreibung</i>	Zeitnah stehen eine Umlegung sowie (sicherheits-)technische Umbaumaßnahmen im Serverraum der Kreisverwaltung an. Im Rahmen dieser Umbaumaßnahmen wird ein Konzept entwickelt und umgesetzt, um die Abwärme energetisch zu nutzen.	
<i>Initiator</i>	Kreisverwaltung	
<i>Akteure</i>	Fachabteilungen der Kreisverwaltung	

Meilensteine

Zielgruppe

IT - Abteilung der Kreisverwaltung

Finanzierung

40.000 €, davon 70% durch Nationale Klimaschutzinitiative gefördert

*Energie- und
Treibhausgaseinsparung*

Wertschöpfung

*Flankierende
Maßnahmen*

Hinweis

Im Rahmen der Anschlussphase förderfähige Maßnahme

Kosten bis 2030

40.000 €

*THG – Einsparung bis
2030*

16 t CO₂-Äquivalente

Bildungskonzept Klimafolgen

(Fortlaufende M-Nummer: 14)

<i>Nummer</i>	<i>01 - KA</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Hoch	Noch nicht begonnen
<i>Handlungsfeld</i>	Klimaanpassung	
<i>Zielindikator</i>	Resilienz gegenüber Klimafolgen	
<i>Maßnahmentyp</i>	Strategisch	
<i>Zeithorizont</i>	Kurzfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Sensibilisierung für Klimafolgen breit gefächert beginnen.	
<i>Hintergrund</i>	<p>In einer akuten Gefahrensituation handeln Menschen erfahrungsgemäß nicht mehr rational. Sie versuchen bei eindringendem Wasser Gegenstände aus Kellern zu retten oder glauben sie könnten durch starke Strömungen flüchten und bringen sich somit in Gefahr. Eine überwiegende Mehrheit der flutbetroffenen Haushalte im Ahrtal gab zudem an, nicht gewusst zu haben, dass sie in einem überschwemmungsgefährdeten Gebiet wohnen. Bildung, Sensibilisierung und Aufklärung über die Gefahren von Extremwetterereignissen und die korrekten Verhaltensweisen sind daher essenziell, um Menschenleben zu retten und Schäden zu reduzieren.</p>	
<i>Beschreibung</i>	<p>Verschiedene Werkzeuge stehen zur Verfügung um in der gesamten Bevölkerung eine kontinuierliche Sensibilisierung zu den Risiken des sich verändernden Klimas sicherzustellen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Klimaanpassungs - Aktionskoffer für Schulen	

- Hochwasseraktionstage
- Regelmäßige Planspiele und Übungen in öffentlichen Einrichtungen, Schulen und Arbeitsstätten
- Handlungsempfehlungen in Postkartenformat

Initiator

Kreis Ahrweiler

Akteure

Kreisverwaltung, Externe Experten, Wissenschaftliche Institutionen

Meilensteine

Veranstaltungsrahmen definieren. Zielgruppengerechte Bildungsangebote beauftragen. Planspiele und Aktionstage vorbereiten und durchführen.

Zielgruppe

Schülerinnen und Schüler, Zivilgesellschaft, Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer

Finanzierung

20.000 € einmalig für Material und Formatdefinition. 10.000 € alle zwei Jahre für Bildungsmaterial, Printmedien und Veranstaltungen

Energie- und Treibhausgaseinsparung

Indirekt

Wertschöpfung

Niedrigschwellige Bildungs- und Informationsangebote erzielen eine erhebliche Hebelwirkung, da entsprechende Vorbereitung und korrektes Handeln die Schäden bei Extremwetterereignissen reduzieren und potentiell Leben retten.

Flankierende Maßnahmen

09 - KA Informationen mit Behördengängen verbinden

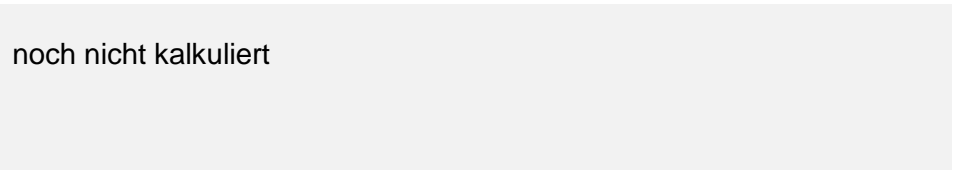
Hinweis

Kosten bis 2030

50.000 €

*THG – Einsparung bis
2030*

noch nicht kalkuliert



Klimafolgenanpassung in der Bauleitplanung

(Fortlaufende M-Nummer: 15)

<i>Nummer</i>	<i>02 - KA</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Hoch	In Bearbeitung
<i>Handlungsfeld</i>	Klimaanpassung	
<i>Zielindikator</i>	Resilienz gegenüber Klimafolgen	
<i>Maßnahmentyp</i>	Strategisch	
<i>Zeithorizont</i>	Mittelfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Kommunen im Kreis werden über das Thema informiert und bei der Erarbeitung der Bauleitplanung für resiliente Neubaugebiete unterstützt.	
<i>Hintergrund</i>	Nicht nur Hochwassergefahren bestehen im Kreis Ahrweiler. In den nächsten Dekaden werden sich ebenso Hitzewellen, Waldbrände, Dürren, Stürme und Schneestürme mehren. Resilienz beginnt bereits in der Bauleitplanung.	
<i>Beschreibung</i>	Das Thema wird auf dem Planerforum der Kreisverwaltung vorgestellt, unter Hinzuziehung externer Experten und unter Vorstellung konkreter Ausgestaltungsoptionen. Überall dort, wo sich die Möglichkeit bietet, wird die Kreisverwaltung in Stellungnahmen und Informationsveranstaltung auf Klimaanpassungsmaßnahmen in der Bauleitplanung verweisen. Folgende Aspekte sollten Berücksichtigung finden:	

- Mehr Raum für den Fluss: Siedlungsrückzug und angepasste Landnutzung
- Potentiale der Hochwassermodellierung nutzen
- Starkegefahren- und -rikokarten berücksichtigen
- Stärkung der grün-blauen Infrastruktur
- Gemeinsam erarbeitete und verbindlich festgelegte Schutzziele für kritische und sensible Infrastrukturen

Initiator

Kreisverwaltung

Akteure

Kreis, Kommunen, Externe Experten

Meilensteine

- Alle Kommunen durch Workshops erreicht.
- Textbausteine für Stellungnahmen entworfen und Hausintern abgestimmt.

Zielgruppe

Kommunen, Stadtplaner, Architekten

Finanzierung

20.000 € für externe Beratung

*Energie- und
Treibhausgaseinsparung*

indirekt

Wertschöpfung

Durch eine klimaangepasste Bauleitplanung werden Schäden durch Klimawandelfolgen erheblich reduziert, inklusive dem Schutz von Menschenleben.

*Flankierende
Maßnahmen*

Hinweis

Kosten bis 2030

20.000 €

*THG – Einsparung bis
2030*

noch nicht kalkuliert

Mobile Hochwasserschutzanlagen

(Fortlaufende M-Nummer: 16)

<i>Nummer</i>	<i>04 - KA</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Mittel	Noch nicht begonnen
<i>Handlungsfeld</i>	Klimaanpassung	
<i>Zielindikator</i>	Resilienz gegenüber Klimafolgen	
<i>Maßnahmentyp</i>	Investiv	
<i>Zeithorizont</i>	Mittelfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Gebäude im Katastrophenfall vor Hochwasserschäden schützen.	
<i>Hintergrund</i>	Der Kreis Ahrweiler ist an verschiedenen Stellen anfällig für Überschwemmungen durch Starkregen; In den Tallagen besteht zudem die Gefahr von Hochwasserereignissen.	
<i>Beschreibung</i>	Mobile Hochwasserschutzanlagen können den Objektschutz übernehmen, wenn bauliche Anlagen nicht möglich, oder noch nicht umgesetzt sind. Die Kreisverwaltung kann solche Anlagen für die geeigneten Gebäude beschaffen oder zur akuten Gefahrenabwehr zentral vorhalten.	
<i>Initiator</i>	Kreisverwaltung	
<i>Akteure</i>	Kreis	

Meilensteine Vorstellung potentieller Anlagen; Verwaltungsinterne Beratung und Abstimmung; Auftragsvergabe

Zielgruppe Kreiseigene Liegenschaften

Finanzierung 200.000 € bei Ausstattung mehrerer Liegenschaften

Energie- und Treibhausgaseinsparung indirekt

Wertschöpfung Lokale Auftragsvergabe wird bevorzugt.

Flankierende Maßnahmen 08 - KA Vulnerable Gruppen und Strukturen schützen

Hinweis

Kosten bis 2030 200.000 €

THG – Einsparung bis 2030 noch nicht kalkuliert

Resiliente Verwaltung

(Fortlaufende M-Nummer: 17)

<i>Nummer</i>	<i>07 - KA</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Mittel	In Bearbeitung
<i>Handlungsfeld</i>	Klimaanpassung	
<i>Zielindikator</i>	Resilienz gegenüber Klimafolgen	
<i>Maßnahmentyp</i>	Strategisch	
<i>Zeithorizont</i>	Mittelfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Die Handlungsfähigkeit der Kreisverwaltung im Katastrophenfall erhalten.	
<i>Hintergrund</i>	Im Katastrophenfall sind die Teile der Verwaltungen, die mit der Bewältigung der Katastrophe befasst sind, teil der kritischen Infrastruktur. Hierbei geht es nicht nur darum, Wasser, Strom, Wärme und Telekommunikation zu gewährleisten, sondern auch die Verwaltungsstrukturen entsprechend vorzubereiten.	
<i>Beschreibung</i>	Ein verwaltungsinternes Resilienzkonzept für den Katastrophenfall wird erarbeitet. Hierfür werden bestehende Stabsstrukturen weiterentwickelt und Notfallpläne in Planspielen erarbeitet. Eine Kooperation mit dem Landkreis Euskirchen im Rahmen des Modellvorhabens "Resiliente Regionen" besteht bereits. Diese kann als Grundlage und Kick-Off dienen. Aspekte der agilen Verwaltung können ebenfalls berücksichtigt werden, um die Kreisverwaltung auf Situation mit neuen und nicht vorher definierten Aufgabenstellungen vorzubereiten.	

Initiator

Kreisverwaltung

Akteure

Fachabteilungen und Leitungsebene der Kreisverwaltung, Katastrophenschutzbehörden und -akteure, weitere Landkreise, KAHR

Meilensteine

Erstellung eines Zeit- und Übungsplans, Evaluation der Erkenntnisse, Erstellung eines Resilienzkonzepts

Zielgruppe

Kreisverwaltung Ahrweiler

Finanzierung

20.000 € für Beratung und Planspiele, entsprechende Gelder können über die zu 100% geförderte Beteiligung an dem Forschungsprojekt KAHR eingestellt werden.

*Energie- und
Treibhausgaseinsparung*

indirekt

Wertschöpfung

Lokale Auftragsvergabe wird bevorzugt.

*Flankierende
Maßnahmen*

Hinweis

Kosten bis 2030

20.000 €

*THG – Einsparung bis
2030*

noch nicht kalkuliert

Vulnerable Gruppen und Strukturen schützen

(Fortlaufende M-Nummer: 18)

<i>Nummer</i>	<i>08 - KA</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Hoch	Noch nicht begonnen
<i>Handlungsfeld</i>	Klimaanpassung	
<i>Zielindikator</i>	Resilienz gegenüber Klimafolgen	
<i>Maßnahmentyp</i>	Strategisch	
<i>Zeithorizont</i>	Mittelfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Eine Übersicht über Vulnerabilitäten des Landkreises erstellen und Aktionspläne zur Gefahrenabwehr auf Einrichtungsebene erstellen.	
<i>Hintergrund</i>	Über 30% der Bewohnerinnen und Bewohner des Landkreises zählen zu vulnerablen Gruppen. In einem Katastrophenfall sind diese besonders gefährdet, Schaden zu nehmen oder ihr Leben zu verlieren. Bei einem Ausfall kritischer Infrastrukturen besteht zudem Gefahr für Einrichtungen und Personengruppen, die nicht direkt von der Katastrophe betroffen sind.	
<i>Beschreibung</i>	Die Maßnahme enthält verschiedene Aspekte: <ul style="list-style-type: none">• Erstellung eines KRITIS - Kataster• Erstellung eines Vulnerabilitätskatasters	
<i>Initiator</i>	Klimaschutzmanagement	

Akteure

Meilensteine

Zielgruppe

Finanzierung

*Energie- und
Treibhausgaseinsparung*

indirekt

Wertschöpfung

*Flankierende
Maßnahmen*

Hinweis

Kosten bis 2030

*THG – Einsparung bis
2030*

noch nicht kalkuliert

Informationen mit Behördengängen verknüpfen

(Fortlaufende M-Nummer: 19)

<i>Nummer</i>	<i>09 - KA</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Hoch	In Bearbeitung
<i>Handlungsfeld</i>	Klimaanpassung	
<i>Zielindikator</i>	Resilienz gegenüber Klimafolgen	
<i>Maßnahmentyp</i>	Strategisch	
<i>Zeithorizont</i>	Kurzfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Berührungspunkte der Bevölkerung und der Verwaltung nutzen, um für Klimafolgen zu sensibilisieren	
<i>Hintergrund</i>	Bei einer Befragung im Rahmen des Forschungsprojekts KAHR gaben über 70% der im Ahrtal befragten und vom Hochwasser 2021 betroffenen Haushalte an, dass sie nicht gewusst haben, in einem überflutungsgefährdetem Gebiet zu leben.	
<i>Beschreibung</i>	<p>Bei der ersten Kontaktaufnahme mit dem Bauamt werden verschiedene Informationen direkt (digital oder postalisch) an die Bürgerinnen und Bürger übermittelt:</p> <ul style="list-style-type: none">• Lage des Gebäudes in einem Überschwemmungsgebiet, beziehungsweise im vom Hochwasser 2021 betroffenen Gebiet• Link zur Website der SGD Nord, die über Starkregengefahren und Abflusswege informiert• Handlungsempfehlungen bei verschiedenen klimawandelbezogenen und lokal relevanten Gefahrensituationen	

- Informationen zu baulichen Klimafolgenanpassungsmaßnahmen, insbesondere im Haus (Wohnbereiche, Stromkästen, etc.)

Diese Informationen können auch als Flyer im Bauamt und anderen Verwaltungszweigen ausgelegt werden.

Initiator

Kreisverwaltung

Akteure

Fachabteilungen der Kreisverwaltung, Experten aus der Wissenschaft

Meilensteine

- Erstellung der Textbausteine
- Erstellung der Handlungsempfehlungen
- Beauftragung des Designs
- Etablierung eines Ablaufprozesses in den relevanten Fachabteilungen

Zielgruppe

Bürgerinnen und Bürger sowie Architekten

Finanzierung

10.000 € für das Design der Informationsmaterialien

*Energie- und
Treibhausgaseinsparung*

indirekt

Wertschöpfung

Lokale Auftragsvergabe wird bevorzugt.

*Flankierende
Maßnahmen*

01 - KA Bildungskonzept

Hinweis

Kosten bis 2030

10.000 €

*THG – Einsparung bis
2030*

noch nicht kalkuliert

Ladeinfrastruktur ausbauen

(Fortlaufende M-Nummer: 20)

<i>Nummer</i>	<i>01 - MO</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Hoch	In Bearbeitung
<i>Handlungsfeld</i>	Mobilität	
<i>Zielindikator</i>	Mobilität umgestalten	
<i>Maßnahmentyp</i>	Investiv	
<i>Zeithorizont</i>	Mittelfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur im Kreisgebiet	
<i>Hintergrund</i>	Von 399 Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland belegt der Landkreis Ahrweiler Rang 393 bezogen auf den Ausbau der Ladeinfrastruktur. 55,9 E-Autos teilen sich hier eine der 33 öffentlichen Ladesäulen.	
<i>Beschreibung</i>	<p>Der Ausbau der Ladesäulen auf dem Kreisgebiet soll weiter vorangetrieben werden. Insbesondere in der Kombination mit der Umsetzung von E-Carsharing Angeboten lohnt es sich, Standorte für eben diese Sharing Angebote und öffentliche Ladeplätze zu identifizieren. Durch die Umstellung der Antriebsart wird ein deutlicher Beitrag zur Erreichung des übergeordneten Ziels der Treibhausgasneutralität bis 2045 geleistet.</p> <p>Für Standorte kommen unterschiedliche Möglichkeiten in Frage:</p> <ul style="list-style-type: none">• Eigene Flächen• Kooperationsvereinbarungen mit den Kommunen	

- Kreisweite AöR oder ähnliche Institution, die Flächen anmietet

Handlungsschritte:

- Konzeptionierung des "Geschäftsmodells"
- Identifikation von Potenzialen und Standorten für Ladesäulen
- Ausschreibung der Installations-, Betriebs- und Wartungsleistungen
- Regelmäßige Evaluation

Initiator

Kreisverwaltung

Akteure

Kreisverwaltung, Kommunen, Ladesäulenhersteller und -betreiber

Meilensteine

Anzahl (Steigerungsrate) an öffentlichen Ladesäulen

Zielgruppe

Kommunen, Unternehmen, Haushalte

Finanzierung

Invest beläuft sich auf 2.000 € bis 8.000 € pro Ladesäule zzgl. 800 € p.a. laufender Kosten für Wartung, Betrieb und Verwaltung.

100.000 € E-Mobilitätskonzept im Landkreis (in Bearbeitung, Standortauswahl über das Konzept)

20 Standorte in Kombination mit E-Carsharing Modellen Invest von ca. 160.000€ sowie jährliche Bereitstellung von 20.000€ für Wartung und Betrieb.

Denkbar sind Sponsoring von Ladesäulen durch Unternehmen/Banken oder Kooperationsmodelle mit Unternehmen oder Netzbetreibern.

Energie- und Treibhausgaseinsparung

Die Einsparungen sind abhängig vom aktuellen Strommix. Durch die Verbreitung der Elektromobilität kann auch ein deutlicher Beitrag zur Reduzierung anderer verkehrsbedingter Emissionen (Feinstaub, Ruß, NOx) geleistet werden.

Wertschöpfung

*Flankierende
Maßnahmen*

Hinweis

Kosten bis 2030

*THG – Einsparung bis
2030*

07 - MO E-Carsharing

220.000 €

noch nicht kalkuliert

Mobilität innerorts neu denken: Shared Spaces statt reine Verkehrsflächen

(Fortlaufende M-Nummer: 21)

<i>Nummer</i>	<i>03 - MO</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Niedrig	Noch nicht begonnen
<i>Handlungsfeld</i>	Mobilität	
<i>Zielindikator</i>	Mobilität umgestalten	
<i>Maßnahmentyp</i>	Strategisch	
<i>Zeithorizont</i>	Langfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Die Mobilitätswende bedeutet vielerorts ein Umdenken der Verkehrsinfrastruktur.	
<i>Hintergrund</i>	<p>Der Landkreis Ahrweiler ist in der Fläche geprägt von kleinen Ortschaften, häufig durchzogen von einer Kreis-, beziehungsweise Hauptstraße. Der Durchgangsverkehr, begrenzt auf 50 km/h bedeutet vielerorts eine stetige Lärmbelästigung und birgt zudem ein inhärentes Sicherheitsrisiko. Die Mobilitätswende bedeutet nicht ausschließlich den Umstieg von Verbrenner- auf Elektromotoren, sondern geht einher mit der Erstellung neuer Radwege- und Radverkehrskonzepte, einem verstärkten Fokus auf Fahrrad- und Lastenradverkehr, einer Stärkung der Fußgängermobilität sowie einer Erleichterung der ÖPNV-Nutzung. Straßen werden somit immer mehr zu Bereichen mit geteilter Nutzung, in denen ein Kraftfahrzeugverkehr von 50 km/h ein Hindernis darstellt.</p>	
<i>Beschreibung</i>	Kommunen werden in der Konzeptionierung von sogenannten Shared Spaces, also Straßen mit geteilter Nutzung beraten. An vielen Ortsein-	

fahrten finden sich bereits Hindernisse, um den Verkehr zu beruhigen. Solche Modelle können ausgeweitet und mit Methoden kombiniert werden, die die durch Straßen und Parkplätzen blockierten Flächen den Bewohnerinnen und Bewohnern zurückgeben. Hierfür werden Fachtagungen, Work-shops und Foren organisiert. Die Kreisverwaltung, als Verkehrsbehörde erklärt zudem die grundsätzliche Offenheit gegenüber kommunalen Vorschlägen zur Reduzierung der zulässigen Geschwindigkeit innerorts. Zusätzlich können auch fußläufig erreichbare Nahversorgungsautomaten Autofahrten vermeiden.

Handlungsschritte:

- Austausch mit Kommunen im Workshops, Fachtagungen und Foren
- Empfehlung und Handreichungen der Kreisverwaltung an die Kommunen zur Umgestaltung des Verkehrs innerorts
- Unterstützung von Nahversorgungsautomaten in Dorfgemeinden

Initiator

Zukunftskonferenz "Aufbau Ahr" 2021 / Projektgruppe Energiewende

Akteure

Kreisverwaltung, Kommunen, Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz

Meilensteine

- Zieldefinition und Umsetzungspläne zur neuen Mobilität in den Kommunen
- Reduktion der Geschwindigkeit wo möglich

Zielgruppe

Kommunen

Finanzierung

50.000 € für Workshops und Planungsleistungen

Energie- und Treibhausgaseinsparung

Tempo 30 kann zu einer Verstetigung des Verkehrs mit einem gleichmäßigeren Verkehrsfluss und weniger Beschleunigungsvorgängen führen.

Wertschöpfung

*Flankierende
Maßnahmen*

Hinweis

Kosten bis 2030

50.000 €

*THG – Einsparung bis
2030*

noch nicht kalkuliert

Alternative Antriebe im öffentlichen Personennahverkehr

(Fortlaufende M-Nummer: 22)

<i>Nummer</i>	<i>05 - MO</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Hoch	Noch nicht begonnen
<i>Handlungsfeld</i>	Mobilität	
<i>Zielindikator</i>	Emissionen vermeiden	
<i>Maßnahmentyp</i>	Strategisch	
<i>Zeithorizont</i>	Langfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Der ÖPNV im Landkreis wird sukzessiv auf alternative Antriebe umgestellt.	
<i>Hintergrund</i>	Derzeit werden alle Fahrzeuge des ÖPNV im Landkreis Ahrweiler konventionell betrieben.	
<i>Beschreibung</i>	<p>Die Entscheidung für die Elektrifizierung der Ahrtalbahn bis Altenahr ist bereits gefallen. Zusätzlich muss nun auch der ÖPNV auf der Straße nachhaltig betrieben werden.</p> <p>Die Mobilitätswende im ÖPNV wird umgesetzt, indem bei zukünftigen Ausschreibungen eine treibhausgasneutrale Antriebsart vorgeschrieben wird. Um zu verhindern, dass Aufträge ausbleiben, wird die Ausschreibung sukzessiv durchgeführt und die ÖPNV-Anbieter werden frühzeitig hierüber informiert. Da im Landkreis Ahrweiler häufig weite Strecken zurückgelegt werden, wird eine Umstellung auf Wasserstoffbusse bei Großfahrzeugen forciert. Kleinbusse werden auf Basis elektrischer Antriebe ausgeschrieben.</p>	

Bausteine:

- Ausschreibung der Leistungen mit klaren Vorgaben hinsichtlich einer treibhausgasneutralen Fahrzeugflotte bis spätestens 2045!
- Verhandeln neuer Verträge
- Ggf. Erhöhung der einzuplanenden Finanzen

Initiator

Zukunftskonferenz 2019 / Projektgruppe Energiewende

Akteure

Kreisverwaltung, Kommunen, ÖPNV Unternehmen

Meilensteine

Der Anteil der Fahrzeuge, die mit alternativen, treibhausgasneutralen Antrieben betrieben werden, ist bis zum Jahr 2045 auf 100% zu setzen. Folglich müssen bestehende Verträge geändert, bzw. Leistungen entsprechend den neuen Vorgaben neu ausgeschrieben werden

Zielgruppe

ÖPNV Unternehmen

Finanzierung

Es ist mit höheren Kosten bei der Vergabe der Beförderungsverträge zu rechnen. Diese höheren Kosten sind im Haushalt einzuplanen

*Energie- und
Treibhausgaseinsparung*

Die Einsparungen sind abhängig vom Strommix. Nach dem deutschen Strommix stoßen E-Busse etwa halb so viele THG-Emissionen aus wie herkömmliche Diesel-Busse. Bei einer Nutzung von reinem Ökostrom oder grünem Wasserstoff liegen die Einsparungen bei etwa 1000 g/km.

Wertschöpfung

*Flankierende
Maßnahmen*

Hinweis

Kosten bis 2030

120.000 €

*THG – Einsparung bis
2030*

4600 t CO₂-Äquivalente

E-Carsharing

(Fortlaufende M-Nummer: 23)

<i>Nummer</i>	<i>08 - MO</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Mittel	In Bearbeitung
<i>Handlungsfeld</i>	Mobilität	
<i>Zielindikator</i>	Emissionen vermeiden	
<i>Maßnahmentyp</i>	Investiv	
<i>Zeithorizont</i>	Kurzfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Das E-Carsharing verfolgt mehrere Ziele: <ul style="list-style-type: none">• Ausbau der Ladeinfrastruktur für PKW• Reduzierung der Fahrzeuge (Abschaffung des Zweit- oder Drittautos)• Werbung für E-Mobilität, Abbau von Ängsten und Hemmungen	
<i>Hintergrund</i>	In den Zentren größerer Städte gehören Carsharing-Unternehmen bereits zum Stadtbild. Die Ausbreitung im ländlichen Raum ist aufgrund der schwer realisierbaren Wirtschaftlichkeit jedoch zu vernachlässigen. Im ländlichen Raum bedarf es daher zivilgesellschaftlicher oder öffentlicher Initiativen, um diese Modelle zu realisieren. Ein ähnliches Projekt wird derzeit in der Stadt Remagen initiiert.	
<i>Beschreibung</i>	In Zusammenarbeit mit bereits im Landkreis aktiven Akteuren und den kreisangehörigen Kommunen wird ein Carsharing-Modell auf Basis von Elektrofahrzeugen initiiert. Voraussetzung ist der gleichmäßige	

Ausbau von Ladesäulen und mietbaren E-Fahrzeugen in allen acht Kommunen des Landkreises. Hierfür werden in Zusammenarbeit mit den Kommunen Standorte identifiziert, die für die Fahrzeuge als Basis dienen und durch die Kommune eine Ladesäule in Kombination mit PV erhalten. Die Fahrzeuge werden vom Kreis angeschafft und werden nach je einem Jahr an einen anderen Standort in der Kommune verlegt; die Ladesäulen bleiben jeweils bestehen und werden fortan öffentlich verfügbar sein. Die Nutzung des Fahrzeugs ist für die Bürger kostenlos. Im Anschluss steht der Standort kommerziellen Anbietern für Car-Sharing zur Verfügung.

Handlungsschritte:

- Projekt mit den Kommunen initiieren
- Bedarfe und mögliche Standorte identifizieren
- Anschaffung der Fahrzeuge oder Vergabe eines vollumfänglichen Auftrags

Initiator

Projektgruppe Energiewende

Akteure

Kreisverwaltung, Kommunen, E-Carsharing Betreiber und Initiativen

Meilensteine

- Etablierung von 8 Carsharing-Plätzen mit Ladesäule und Fahrzeug
- Nutzung des Carsharings von mindestens 25%
- Nach positiver Evaluierung, Ausweitung auf bis zu 80 Standorte

Zielgruppe

Haushalte

Finanzierung

20.000 € pro Jahr über drei Jahre bis 200.000 € pro Jahr bei Unterstützung der dauerhaften Anschaffung von E-Carsharing Autos pro Dorf.

E-Carsharing eignet sich aufgrund der freien Flächen auf den Ladesäulen und Fahrzeugen ideal für externes Sponsoring,

*Energie- und
Treibhausgaseinsparung*

Einsparungen sind nicht direkt messbar, jedoch ist eine große Abnahme an THG-Emissionen durch den Umstieg von privatem PKW auf Carsharing zu erwarten.

Annahme für indirekte Einsparung:

- 20km Fahrleistung pro Tag und Fahrzeug
- THG-Einsparung von 70% gegenüber Benzinfahrzeugen (Quelle: Fraunhofer Institut)

Wertschöpfung

Bei der Umsetzung im Rahmen eines Genossenschaftsmodells in Bürgerhand bleibt die Wertschöpfung in Bürgerhand und damit in der Region.

*Flankierende
Maßnahmen*

01 - MO Ladeinfrastruktur ausbauen

Hinweis

Kosten bis 2030

250.000 €

*THG – Einsparung bis
2030*

52 t CO₂-Äquivalente

Kommunale Strategische Wärmeplanung

(Fortlaufende M-Nummer: 24)

<i>Nummer</i>	<i>01 - WA</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Hoch	Noch nicht begonnen
<i>Handlungsfeld</i>	Wärme	
<i>Zielindikator</i>	Emissionen vermeiden	
<i>Maßnahmentyp</i>	Strategisch	
<i>Zeithorizont</i>	Kurzfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	<p>Spätestens bis zum Jahr 2045 soll die Wärmeversorgung im Kreis Ahrweiler auf regenerative oder CO₂-neutrale Energieträger umgestellt sein. Dafür muss die Umstellung auf nachhaltige Wärmenetze oder Einzellösungen vorbereitet werden. Zur Unterstützung der Kommunen bieten sich die folgende Handlungsoptionen:</p> <p>Der Kreis erstellt und finanziert für alle Ortslagen eine Machbarkeitsstudie und Ausbaustrategie.</p>	
<i>Hintergrund</i>	<p>Mehr als ein Drittel der Energie im Kreis Ahrweiler wird zum Heizen verbraucht. Ohne eine treibhausgasneutrale Wärmeversorgung des Gebäudebestands wird die Energiewende folglich nicht gelingen. Im Kreis Ahrweiler befinden sich bereits einige nachhaltige Wärmenetze in Marienthal, Dernau, Mayschoß und Rech in Umsetzung. In den Ortsgemeinden Schuld, Altenburg, Kreuzberg, Müsch, Antweiler, Fuchshofen und Rodder wurden bereits entsprechende Machbarkeitsstudien durchgeführt.</p>	

Beschreibung

Eine strategische Wärmeplanung für die (interessierten) Kommunen im Kreis entwickeln, um lokale Potenziale, wie erneuerbare Energien, Abwärme, vorhandene Infrastrukturen und spezifische Wärmebedarfe der Gebäude zu nutzen. Auch Einsparpotentiale müssen ermittelt werden. Eine komplett klimaneutrale Wärmeversorgung bedeutet zudem, dass ab spätestens 2045 alle nicht an ein CO₂-neutrales Wärmenetz angeschlossene Haushalte über klimaneutrale Einzellösungen verfügen und auf fossile Brennstoffe verzichten müssen.

Handlungsschritte:

1. Bestandsanalyse,
2. Potentialanalyse (inkl. Wirtschaftlichkeitsanalyse),
3. Aufstellung eines Zielszenarios,
4. Wärmewendestrategie (Transformationspfad zur Umsetzung)

Initiator

Kommunen/Energieagentur RLP/Projektgruppe Energiewende

Akteure

Kreis, Kommunen, Ortsgemeinden, Energieversorger, Energiegenossenschaften

Meilensteine

Alle Kommunen, Ortsgemeinden und Quartiere verfügen über einen kommunalen Wärmeplan

Zielgruppe

Ortsgemeinden, Gebäudeeigentümerinnen und Gebäudeeigentümer

Finanzierung

749.000 €, aber in 2023 100% Förderung möglich.

Energie- und Treibhausgaseinsparung

Die Wärmeplanung hat keine direkten Energie- oder Treibhausgaseinsparungen, jedoch ist sie für die Umstellung auf nachhaltige und CO₂-neutrale Wärmenetze notwendig, was zu einem kontinuierlichen Ersatz fossiler Brennstoffe und damit einhergehend zur Reduzierung der THG-Emissionen führt.

Bis 2045 müssen die Treibhausgasemissionen im Wärmesektor abgestellt sein. Nehmen wir eine 10 prozentige Umsetzung bis 2030 an, beläuft sich die indirekte Einsparung auf 35.000 Tonnen CO₂ - Äquivalente.

Wertschöpfung

Die Durchführung der Maßnahme kann mit dem regionalen Handwerk und regionalen Energiegenossenschaften verknüpft werden, wodurch die regionale Wertschöpfung gestärkt wird.

*Flankierende
Maßnahmen*

Hinweis

Kosten bis 2030

749.000 €, zu 100% gefördert

*THG – Einsparung bis
2030*

35.000 t CO₂-Äquivalente

Über Nahwärmemöglichkeiten informieren

(Fortlaufende M-Nummer: 25)

<i>Nummer</i>	<i>02 - WA</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Hoch	Noch nicht begonnen
<i>Handlungsfeld</i>	Wärme	
<i>Zielindikator</i>	Emissionen vermeiden	
<i>Maßnahmentyp</i>	Strategisch	
<i>Zeithorizont</i>	kurzfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Die Kreisverwaltung prüft in welchen Gemeinden Nahwärmenetze möglich wären und informiert die Gemeinden/Kommunen über die Ergebnisse.	
<i>Hintergrund</i>	Bisher befinden sich nachhaltige Nahwärmenetze in Marienthal, Dernau, Mayschoß und Rech in Umsetzung. In den Ortsgemeinden Schuld, Kreuzberg, Altenburg, Müsch, Antweiler, Fuchshofen und Rodder wurden bereits entsprechende Machbarkeitsstudien durchgeführt.	
<i>Beschreibung</i>	Nahwärmenetze dienen der klimaneutralen Wärmeversorgung und als Alternative zur Versorgung von Einzelgebäuden mit Gas und Öl. Sie können aber auch die Installation von einzelnen regenerativen Energiequellen (z.B. Holzpelletsheizung) in den Wohnhäusern durch eine zentrale Wärmeproduktion ersetzen. Durch Nahwärmenetze können einzelne Siedlungen oder sogar ganze Stadtteile versorgt werden.	

Diese Maßnahme ist essenziell zur Zielerreichung einer CO₂-Neutralität bis 2045. Um die Wärmeversorgung klimaneutral zu stellen ist es notwendig, eine kommunale Wärmeleitplanung voranzubringen (siehe Hinweis).

Das Thema wird in den Ortsbürgermeisterdienstbesprechungen vorgestellt. Im Anschluss daran werden entsprechende Arbeitsgruppen gebildet. Diese Maßnahme kann der kommunalen Wärmeplanung vorgehen oder sie begleiten.

Initiator

Projektgruppe Energiewende

Akteure

Kreis, Kommunen, Energieagentur, Ingenieurbüros

Meilensteine

400 Besucher von Veranstaltungen

Pro Jahr mindestens 2 Veranstaltungen/ öffentlichkeitswirksame Maßnahmen

Zielgruppe

Kommunen, Ortsgemeinden

Finanzierung

5.000 € pro Jahr für Öffentlichkeitsarbeit und Fachveranstaltungen

*Energie- und
Treibhausgaseinsparung*

Die Prüfung des Nahwärmepotenzials an sich erzielt keine direkten Einsparungen von THG-Emissionen, liefert jedoch Informationen zu Ausbaupotenzialen und regt die Umsetzung von lokalen Wärmenetzen auf Basis erneuerbarer Energien an. Erfolgt der Ausbau, trägt dieser zur direkten THG-Einsparung sowie zur Erhöhung der Energieeffizienz bei.

Die Energie- und Emissionseinsparungen der Wärmebereitstellung hängen vom jeweiligen Energieträger des Nahwärmenetzes (BHKW, Wärmepumpe, Solarthermie, Pellets, etc.) und der Länge der Rohrleitung ab. Da die Rohrleitungen im Gegensatz zur Fernwärme

nur höchstens wenige Kilometer lang sind (1-2 km) sind sowohl die Investitions- und Instandhaltungskosten der Netzinfrastruktur als auch die Netzverluste gering. Ein modernes BHKW kann im Nahwärmenetz 80-90% des Energiegehalts des Brennstoffes zur Wärmebereitstellung liefern.

Wertschöpfung

Die Maßnahme trägt dazu bei, das regionale Handwerk zu stärken.

*Flankierende
Maßnahmen*

05 - WA Sanierungsrate steigern

Hinweis

In einigen Bundesländern ist die Wärmeplanung für Kommunen bereits verpflichtend und wird somit zum Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Zum einen sollte der Landkreis darauf hinarbeiten, dass die Wärmewende als wichtiger, wenn nicht als Hauptbestandteil der Umsetzung des Klimaschutzes verstanden wird. Zum anderen tritt der Landkreis mit der Umsetzung dieser Maßnahmen in Vorsorgeleistung, da er a) ihrem eigenen gesetzten Ziel der CO₂-Neutralität bis 2045 näherkommt und b) vorausschauend im Hinblick auf eine möglicherweise kommende Verpflichtung zur Wärmeleitplanung agiert

Kosten bis 2030

24.000 €

*THG – Einsparung bis
2030*

noch nicht kalkuliert

Nahwärmelösungen in der Bauleitplanung berücksichtigen

(Fortlaufende M-Nummer: 26)

<i>Nummer</i>	<i>03 - WA</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Mittel	In Bearbeitung
<i>Handlungsfeld</i>	Wärme	
<i>Zielindikator</i>	Emissionen vermeiden	
<i>Maßnahmentyp</i>	Strategisch	
<i>Zeithorizont</i>	Kurzfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Kommunen im Kreis werden über das Thema informiert und bei der Erarbeitung der Bauleitplanung für nachhaltige Neubaugebiete unterstützt.	
<i>Hintergrund</i>	Bisher werden im Kreis Ahrweiler lediglich Nahwärmeprojekte im Bestand geplant und umgesetzt. Durch entsprechende Vorgaben im Bebauungsplan kann vor Ort eine nachhaltige Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energien erwirkt werden.	
<i>Beschreibung</i>	<p>Durch energieeffiziente Gebäude mit einem hohen Anteil an erneuerbaren Energien können in Neubaugebieten die Treibhausgasemissionen möglichst vermieden und so das Klima geschont werden.</p> <p>Das Thema wird auf dem Planerforum vorgestellt, möglicherweise unter Hinzuziehung externer Experten und unter Vorstellung konkreter Ausgestaltungsoptionen.</p>	

Bestehende Materialien, beispielsweise der Infofilm der Energieagentur zu Dernau und Rech können zur Hilfe und zu Informationszwecken herangezogen werden.

Initiator

Zukunftskonferenz 2019 / Projektgruppe Energiewende

Akteure

Kreis, Kommunen

Meilensteine

Beschlussfassung der Kommunen zur Umsetzung entsprechender Vorgaben in der Bauleitplanung.

Zielgruppe

Kommunen, Ortsgemeinden, Stadtplaner, Ingenieur- und Architektenbüros

Finanzierung

Keine zusätzlichen Kosten

Energie- und Treibhausgaseinsparung

Der Energieverbrauch sowie die THG-Emissionen werden bei Neubaugebieten von vornherein minimiert, wodurch das Ziel der THG-Neutralität auch durch Wachstum der Kommune nicht gefährdet wird.

Wertschöpfung

Flankierende Maßnahmen

02 - KA Klimaanpassung in der Bauleitplanung

Hinweis

Kosten bis 2030

keine

THG – Einsparung bis 2030

noch nicht kalkuliert

Sanierungsrate steigern

(Fortlaufende M-Nummer: 27)

<i>Nummer</i>	<i>05 - WA</i>	<i>Bearbeitungsstand</i>
<i>Priorisierung</i>	Hoch	Noch nicht begonnen
<i>Handlungsfeld</i>	Wärme	
<i>Zielindikator</i>	Emissionen vermeiden	
<i>Maßnahmentyp</i>	Strategisch	
<i>Zeithorizont</i>	Mittelfristig	
<i>Ziel und Strategie</i>	Steigerung der Sanierungsrate durch Beratung und Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis	
<i>Hintergrund</i>	Mehr als ein Drittel der Energie im Kreis Ahrweiler wird zum Heizen verbraucht. Neben der Umstellung auf erneuerbare Energieträger muss auch die Suffizienz verbessert werden. Insbesondere, wenn nachhaltig wachsende Brennstoffe (z.B. Pellets oder Hackschnitzel) zum Heizen verwendet werden, ist es sinnvoll, die Einsparpotentiale im Wärmesektor zu realisieren.	
<i>Beschreibung</i>	Zur Realisierung der Einsparpotentiale muss insbesondere die Sanierungsrate im Kreis gesteigert werden. Hierfür eignen sich Informationsveranstaltungen online sowie offline und auch aufsuchende Werbung für Sanierungen in den entsprechenden Gemeinden, auf öffentlichen Veranstaltungen und ähnlichen Formaten. Der Kreis kann hierbei unterstützend für die Kommunen agieren und	

die Beratungs- und Informationsleistung der BürgerInnen federführend übernehmen.

Handlungsschritte:

- Energieberatung durch externes Unternehmen oder Verbraucherzentrale im Kreishaus anbieten
- vermehrt gemeinsame digitale Informationsveranstaltungen mit der Verbraucherzentrale durchführen,
- Informationsveranstaltungen in den einzelnen Ortsgemeinden durchführen

Initiator

Projektgruppe Energiewende

Akteure

Kreis, Kommunen, Verbraucherzentrale, Klimaschutzmanagerinnen und Klimaschutzmanager, Energieberater

Meilensteine

Definiert über Anzahl der Teilnehmenden an Aktionen, Veranstaltungen

Zielgruppe

Eigentümerinnen und Eigentümer von Immobilien im Kreis

Finanzierung

5.000 € Kosten für Informationsmaterial, Veranstaltungsmanagement und Fachtagungen

Energie- und Treibhausgaseinsparung

15 % des deutschen CO₂-Ausstoßes werden durch Warmwasser und Heizung verursacht. Die Erhöhung der Sanierungsquote bietet ein hohes Einsparpotenzial, da mehr Gebäude energetisch optimiert werden, was zu einer erheblichen Energie- und THG-Einsparung führt.

Annahme von 2% Sanierung pro Jahr bis 2030, 10% Einsparung je Sanierungsvorhaben entspricht 1,4 % etwa 5.000 Tonnen CO₂ Einsparung bis 2030.

Wertschöpfung

Die Durchführung der Maßnahmen stärkt die lokalen Handwerksbetriebe und führt zu einer regionalen Wertschöpfungssteigerung.

*Flankierende
Maßnahmen*

01 - WA Strategische Wärmeplanung

Hinweis

Kosten bis 2030

5.000 €

*THG – Einsparung bis
2030*

5.000 t CO₂-Äquivalente